

## Strompreis vertreibt Hightech

**Nicht nur klassische Industriebranchen setzt der hohe Strompreis unter Druck. Auch die Halbleiterbranche ist verärgert. Jüngstes Beispiel: Siltronic.**

Joachim Hofer, Till Hoppe, Klaus Stratmann

Der Münchener Chipzulieferer Siltronic steht vor dem Verkauf nach Asien. Siltronic-Chef Christoph von Platho macht dafür unter anderem die hohen **Energiekosten** in Deutschland verantwortlich: "Durch den hohen Strompreis wird der Standort unattraktiv", sagte er im Gespräch mit dem Handelsblatt. Sein Unternehmen zahle am Standort Singapur "weniger als die Hälfte des Strompreises". Kostentreiber hierzulande sei vor allem die Umlage nach dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz (EEG). Ein weiterer Faktor seien die vergleichsweise hohen Personalkosten in Deutschland.

Der Manager berührt damit ein Kernproblem der deutschen **Energiepolitik**. Deutsche Industrieunternehmen zahlen im weltweiten und auch im europäischen Vergleich hohe Strompreise. Einer der Gründe dafür ist die EEG-Umlage, mit der über den Strompreis der Ausbau der erneuerbaren **Energien** finanziert wird. Hinzu kommen weitere Umlagen und Abgaben, etwa Entgelte für die Nutzung der Stromnetze. Ausnahmen von der EEG-Umlage gelten lediglich für rund 2200 Abnehmer. Siltronic profitiert nach eigenen Angaben seit 2019 nicht mehr von den Ausnahmeregelungen.

Die hohen Kosten stellen eine Belastung für das Unternehmen dar, die auch nicht durch das geplante Subventionsprogramm von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) für die Chipindustrie ausgeglichen wird. Konkurrent Globalwafers nutzt die Situation: Das Unternehmen aus Taiwan hat sich im Zuge eines Übernahmeangebots 57 Prozent der Aktien von Siltronic gesichert. Der Konzern hat für die deutschen Siltronic-Standorte eine Bestandsgarantie bis Ende 2024 ausgesprochen.

Der langjährige Siltronic-Hauptaktionär Wacker hatte die hohen Stromkosten in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert. Und Siltronic ist kein Einzelfall. Die Stromkosten inklusive Abgaben seien international nicht wettbewerbsfähig, warnt auch Deutschlands größter Chiphersteller Infineon.

Die Politik hat das Problem grundsätzlich erkannt. So plädiert Altmaier dafür, den Ausbau der Erneuerbaren nicht mehr über einen Aufschlag auf den Strompreis, sondern aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Die Einnahmen aus der in diesem Jahr eingeführten CO<sub>2</sub>-Bepreisung für die Sektoren Wärme und Verkehr würden vollständig für die Entlastung bei der EEG-Umlage verwendet. Joachim Hofer, Till Hoppe, Klaus Stratmann /// Strompreis vertreibt Hightech // .

Vor knapp einem Jahr hatte Rudolf Staudigl, Chef des langjährigen Siltronic-Mehrheitsaktionärs Wacker Chemie, eine klare Botschaft gesendet: Im Polysilizium-Geschäft habe der Wettbewerb mit den Konkurrenten in Asien "eine existenzgefährdende Intensität erreicht", sagte Staudigl dem Handelsblatt.

Mit in Europa produziertem Silizium für den Einsatz in Solarzellen lasse sich kein Geld mehr verdienen, obwohl Wacker weltweiter Qualitäts- und Technologieführer sei. "Ohne die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit durch einen weltweit wettbewerbsfähigen Industriestrompreis werden systemrelevante Rohstoffe wie etwa das Polysilizium für die Zukunftstechnologien Photovoltaik und Digitalisierung nicht mehr in Europa konkurrenzfähig produziert werden können", lautete die Warnung Staudigls. Das werde zu massiven Job- und Wohlstandsverlusten führen und dem Klima schaden, da die globalen Wettbewerbsregionen mit deutlich größerem CO<sub>2</sub>-Fußabdruck produzierten.

Mit dem Verkauf des Wacker-Anteils an Siltronic an Globalwafers hat Staudigl mittlerweile die Konsequenz gezogen. Der Fall belegt, dass nicht allein klassische Industriebetriebe - etwa Gießereien und Chemiefabriken - unter den hohen Strompreisen leiden. Auch die Hightechbranche Halbleiter-Fertigung ist betroffen.

Das wird nicht nur bei Wacker so gesehen. "Die Wettbewerbsfähigkeit und Planungssicherheit der Strompreise sowie eine sichere und schwankungsfreie Stromversorgung bleiben wichtige Themen, gerade auch angesichts der Diskussion um den Erhalt und Ausbau von Halbleiter-Produktionskapazitäten in Deutschland und Europa", sagt eine Sprecherin von Deutschlands größtem Chiphersteller Infineon.

Ähnlich äußert man sich beim Globalfoundries-Werk in Dresden: "Die **Energiekosten** in Deutschland sind vor allem durch die umfangreichen Abgaben, Umlagen und Steuern ein deutlicher Wettbewerbsnachteil für den Standort - so auch für uns". Der US-Konzern Globalfoundries ist einer der größten Auftragsfertiger weltweit und stellt Chips für Konzerne wie Infineon her. Neben den Diskussionen zur Schaffung neuer Produktionskapazitäten müssten auch wettbewerbsfähigere Bedingungen in der Grundversorgung von Schlüsseltechnologien geschaffen werden. "Die Reduzierung der Stromnebenkosten wäre ein erster

Schritt", sagte der Sprecher.

In vielen Branchen entscheidet sich die Frage, ob ein Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen kann, zu einem wesentlichen Teil daran, ob es die EEG-Umlage zahlen muss oder nicht. Die Besondere Ausgleichsregelung (BesAR), durch die Unternehmen von einem großen Teil der EEG-Umlage befreit werden, greift erst dann, wenn das Unternehmen des produzierenden Gewerbes beim Anteil der Stromkosten bestimmte Schwellenwerte überschreitet. Voraussetzung ist außerdem, dass das Unternehmen im internationalen Wettbewerb steht.

Es gibt Branchen, in denen ein Teil der Unternehmen von der BesAR profitiert, ein anderer Teil nicht. Und der Antrag muss Jahr für Jahr neu gestellt werden. Wer bestimmte Schwellenwerte nicht mehr überschreitet, fällt durchs Rost. Dadurch werden Investitionen in höhere **Energieeffizienz** bestraft.

Entsprechend fantasiereich sind die Bemühungen, die Schwellenwerte auf jeden Fall zu erreichen. Seit Jahren halten sich Berichte, dass in manchen Betrieben gegen Jahresende Maschinen ungenutzt durchlaufen, nur um den für die Befreiung nötigen Stromverbrauch noch zu erreichen. Solche Anekdoten zeigen, dass der Ausbau der erneuerbaren **Energien** über eine Umlagefinanzierung an ihr Ende gekommen ist.

In der Politik hat sich diese Erkenntnis zwar schon vor Jahren durchgesetzt. Geändert hat sich aber noch nicht viel. Im Juni 2020 hatte die Große Koalition mit ihrem Konjunkturpaket zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie erstmals beschlossen, die EEG-Umlage 2021 und 2022 durch einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt zu stabilisieren. Das ist ein Novum. Seit dem Inkrafttreten des EEG im Jahr 2000 bis Ende 2020 wurde die Umlage ausschließlich von den Stromverbrauchern finanziert. Sie summiert sich mittlerweile auf rund 30 Milliarden Euro jährlich.

Seit Jahren fordern große Teile der Wirtschaft einen Systemwechsel, Tenor: Da die **Energiewende** eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, müsse sie auch von der gesamten Gesellschaft - also aus Steuermitteln - finanziert werden. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) hatte schon vor Jahren vorgeschlagen, EEG-Bestandsanlagen über die Umlage zu finanzieren, Neuanlagen jedoch aus Haushaltsmitteln. So wäre die Umlage Jahr für Jahr abgeschmolzen.

Die Politik ist mittlerweile darauf eingestiegen. So hatte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zu Jahresbeginn gesagt, sein Ziel sei, "dass wir die EEG-Umlage in den nächsten fünf Jahren schrittweise absenken und schließlich ganz abschaffen".

In Regierungskreisen heißt es, Politiker von Union und SPD arbeiteten im Moment "sehr konstruktiv" an Konzepten, um die EEG-Umlage schrittweise abzuschaffen. Es bleibe in dieser Legislaturperiode ein Zeitfenster von ungefähr zwei Monaten, um konkrete Beschlüsse zu fassen.

"Es ist richtig, die EEG-Umlage kurzfristig durch Mittel aus dem Haushalt zu entlasten und mittelfristig auf null zu senken. Die EEG-Umlage ist das größte Innovationshindernis im **Energiesektor**", sagt Joachim Pfeiffer (CDU), wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, dem Handelsblatt. Weitere Schritte seien geboten. Ein umfassender EEG-Systemwechsel nach marktwirtschaftlichen Kriterien dürfe nicht ausbleiben.

Debatte um europäischen Preis Pfeiffer plädierte außerdem für einen europäischen Industriestrompreis: "Er behebt eine globale strukturelle Wettbewerbsverzerrung, stärkt den europäischen Standort und gibt der Industrie notwendige Investitions- und Planungssicherheit." So könne eine Abwanderung der Industrie verhindert werden.

Die Grünen sehen das anders. "Stromintensive Betriebe sind heute schon von Netzentgelten und EEG-Umlage weitgehend befreit, deshalb brauchen wir auch keine Debatte um einen Industriestrompreis", sagte Dieter Janecek, industriepolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. Wer die Industrie dauerhaft im Land halten wolle, müsse für einen energischen Ausbau bei den Erneuerbaren sorgen.

Minister Altmaier aber tue genau das Gegenteil, kritisierte Janecek. Der Grünen-Politiker macht sich für eine grundlegende Reform der **Energiebesteuerung** stark: "Öl, Gas und Kohle müssen teurer werden, im Gegenzug Strom billiger. Der Preis für eine Kilowattstunde Wind und insbesondere Photovoltaik sinkt von Jahr zu Jahr weiter. Hier müssen wir konsequent ansetzen."

Das Thema steht auch im Mittelpunkt einer Studie, die der Thinktank Agora **Energiewende** und das Beratungsunternehmen Roland Berger am Montag vorstellten. Um Wohlstand und Arbeitsplätze am Industriestandort Deutschland auf dem Weg in die Klimaneutralität nicht zu gefährden, "braucht die deutsche Industrie auch langfristig international wettbewerbsfähige Strompreise", heißt es darin. Dies müsste "Kernelement einer deutschen und europäischen Industriestrategie werden". Die Mehreinnahmen aus künftigen Erhöhungen der zum Jahreswechsel eingeführten CO<sub>2</sub>-Preise in den Sektoren Wärme und Verkehr sollten "zur vollständigen Reduzierung der EEG-Umlage verwendet werden", so das Fazit der Studie. Joachim Hofer, Klaus Stratmann

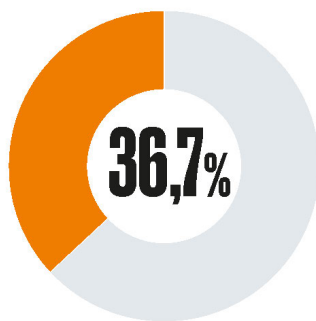
Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Die EEG-Umlage ist das größte Innovationshindernis im **Energiesektor**.

Joachim Pfeiffer  
wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion

Hofer, Joachim  
Hoppe, Till  
Stratmann, Klaus

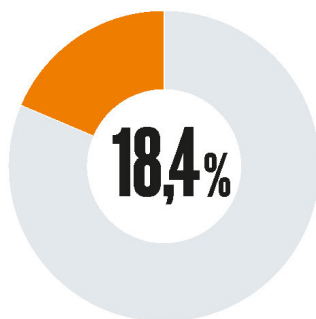
## Stahl- und Roheisenerzeugung



Anteil des Energieverbrauchs  
an der Bruttowertschöpfung

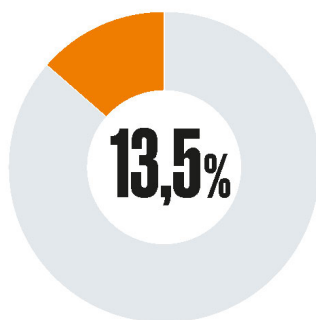
Handelsblatt Nr. 037 vom 23.02.2021  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

## Glaserstellung



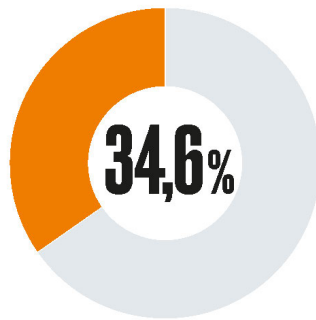
Handelsblatt Nr. 037 vom 23.02.2021  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

## Kupfererzeugung



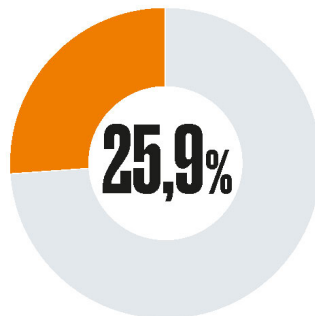
Handelsblatt Nr. 037 vom 23.02.2021  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

## Zementherstellung



Handelsblatt Nr. 037 vom 23.02.2021  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

## Aluminumherstellung



HANDELSBLATT • Quelle: Destatis

Handelsblatt Nr. 037 vom 23.02.2021  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

## Industriestrompreise

Endabnehmerpreise in Euro-Cent  
je Kilowattstunde\*

|                    |            |
|--------------------|------------|
| Deutschland        | 17,81 Cent |
| Großbritannien     | 16,48      |
| Italien            | 15,03      |
| Niederlande        | 13,76      |
| EU-27-Durchschnitt | 12,54      |
| Spanien            | 10,76      |
| Frankreich         | 10,51      |
| Schweden           | 6,45       |
| Dänemark           | 6,12       |

\*Ohne Mehrwertsteuer, Abnahme von 500 – 2.000 MWh  
HANDELSBLATT Quelle: Eurostat

Handelsblatt Nr. 037 vom 23.02.2021  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

**Ressort:** Seite 1  
Thema des Tages

**Branche:** INF-02-02 Halbleiter, Bauelemente P3674


**Börsensegment:** org  
org  
dax30  
tecdax  
ICB9576  
tecdax  
mdax  
org

**Dokumentnummer:** 2947657B-BCEB-4E37-8471-1FC01837A158

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/HB\\_2947657B-BCEB-4E37-8471-1FC01837A158%7CHBPM\\_2947657B-BCEB-4E37-8471-1](https://www.wiso-net.de/document/HB_2947657B-BCEB-4E37-8471-1FC01837A158%7CHBPM_2947657B-BCEB-4E37-8471-1)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH